Niederschrift

über die 6. Sitzung der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung im Landkreis Rotenburg (Wümme) am 30.09.2014 um 09:30 Uhr im großen Sitzungssaal des Kreishauses Rotenburg, Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme)

TOP 1

Frau Twesten begrüßt die Teilnehmer sowie die Zuschauer. Daraufhin leitet sie den Wechsel zwischen Vorsitz und Stellvertretung mit einer persönlichen Erklärung ein: Der im Rahmen der vorherigen Sitzung von Seiten eines Arbeitsgruppenmitgliedes vertretene Standpunkt zur Person der Vorsitzenden mache zusammen mit ihrem aktuellen Aufgabenzuwachs als Landtagsabgeordnete eine Neuordnung ihrer zeitlichen Möglichkeiten erforderlich. Sie stehe der Arbeitsgruppe künftig als Stellvertreterin zur Verfügung.

Herr Wildeboer erläutert, dass sein Antrag keine persönlichen, sondern rein sachliche Gründe habe.

Bei zwei Enthaltungen wird der Vorsitzwechsel einstimmig angenommen.

TOP 2

Bei vier Enthaltungen wird das Protokoll der letzten Sitzung einstimmig angenommen.

TOP 6 (vorgezogen, da sich die Vertreter des LBEG etwas verspäteten)

Herr Woltmann erklärt, dass er nach der Veröffentlichung des Berichtes vom Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen eine beschleunigte Ursachenforschung wünsche.

Herr Dr. Lühring berichtet, dass auch der Landkreis weitergehende Untersuchungen anstrebe. Es müsse ermittelt werden, ob es in anderen Gemeinden des Landkreises und in anderen Regionen ebenfalls Auffälligkeiten gebe und ob ein Zusammenhang mit dem Vorhandensein bestimmter Branchen bestehen könnte. Es sei hierfür ein landesweiter Vergleich nötig, wofür Absprachen zwischen den beteiligten Behörden getroffen werden müssten.

Herr Goebel fragt, was konkret passieren soll und wann damit zu rechnen sei.

Frau Dorsch weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich das heute nicht vertretene Gesundheitsamt in einem gesonderten Arbeitskreis intensiv mit dieser Thematik beschäftige.

Frau Twesten berichtet von Gesprächen, die sie mit den beteiligten Ministerien geführt habe. Dies seien das Wirtschaftsministerium, das Sozialministerium und das Umweltministerium. Darüber hinaus sei auch das Finanzministerium berührt, da die finanziellen Mittel vom Land bereitzustellen seien. Diesbezüglich fänden momentan Abstimmungen zwischen den Ministerien statt, wobei die originäre Zuständigkeit zunächst beim Sozialministerium liege.

Herr Dr. Damberg spricht an, dass es im Jahr 2002 bereits eine Untersuchung für den Bereich Visselhövede gegeben habe, die sich mit dem Radar als Ursache für die

Häufung von Krebserkrankungen befasste. Er gibt zu bedenken, dass diese Debatte im Laufe der Zeit untergegangen sei und möchte dies bei der aktuellen Debatte vermeiden.

Herr Dr. Lühring zeigt auf, dass die landesweite Ausdehnung der Untersuchungen ein Gemeinschaftsprojekt sei. Der Landkreis sei nur ein Beteiligter von vielen.

Herr Bargfrede merkt das Bestehen der nächsten Kreistagssitzung an. Er schlägt vor, eine einheitliche Meinung zu bilden und einen Antrag zu formulieren, um gegebenenfalls kurzfristig eine Resolution an das Land schicken zu können.

Herr Dr. Lühring gibt zu Bedenken, dass die Zeit bis zur nächsten Sitzung des Umweltausschusses zu kurz sei. Alternativ könnten sich die Fraktionen auf einen kurzfristigen Antrag direkt für den Kreisausschuss einigen.

Herr Bargfrede, Frau Dorsch und Frau Twesten signalisieren, einen gemeinsamen Antrag formulieren zu wollen.

TOP 3

Herr Windhaus stellt seinen Kollegen Herrn Söntgerath vor, der Leiter der Abteilung 2 ist, welcher u. a. die Betriebsüberwachung obliegt.

Herr Söntgerath stellt Programme vor, die das LBEG aufgrund der aktuellen Problematik aufgestellt habe. Im Wesentlichen gebe es vier Überwachungsstrategien:

- Fackelarbeiten würden stichprobenartig auf organoleptische und sonstige Auffälligkeiten überprüft. Die Fackelarbeiten sind in der Regel bergrechtlich genehmigungspflichtig, die dabei eingesetzten Anlagen jedoch immissionsschutzrechtlich nicht genehmigungspflichtig.
- Alle Betriebsplätze zur Erdgasgewinnung werden einer Inspektion unterzogen. Insgesamt (nicht nur im Landkreis Rotenburg (Wümme)) sei die Befahrung von 455 Betriebsplätzen geplant [*Anmerkung: Zum Zeitpunkt der Sitzung waren es noch ca. 456 Plätze; inzwischen steht fest, dass es 455 sind.*] – 190 davon seien bereits abgeschlossen. In diesem Rahmen werden unter anderem die Entwässerung, die Einfriedung, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und der allgemeine Zustand der Einrichtung überprüft. Herr Rathjens und Mitarbeiter der Unteren Wasserbehörde seien bei solchen Inspektionen mit dabei gewesen.
- Bezüglich der Quecksilberproblematik wurde geprüft, inwiefern bereits Daten vorhanden sind. Es seien bereits Bodenuntersuchungen, die auch andere Parameter umfassen an den Erdgasförderplätzen durchgeführt worden und weitere beabsichtigt. Die kritischen Förderplätze Söhlingen Ost Z1 und Z6/Z11 wurden bereits umfassend beprobt. Das LBEG habe in beiden Fällen orientierende Untersuchungen veranlasst. Die Ergebnisse der Quecksilberuntersuchungen habe das LBEG auf seiner Internetseite veröffentlicht. Detailuntersuchungen würden zeitnah den Betreibern auferlegt werden, da diese aufgrund der Ergebnisse der orientierenden Messungen notwendig sind. Damit eine Unabhängigkeit gewährleistet sei, würden nur Sachverständige und Untersuchungsstellen nach § 18 BBodSchG zugelassen werden. Quecksilberbefunde würden mithilfe eines Ampelsystems auf der Internetseite des LBEG dargestellt werden. Bisher sei noch kein Sanierungsbedarf festgestellt worden, doch er sei noch zu erwarten. Das LBEG habe ein Konzept für orientierende Untersuchungen an den bereits erwähnten 455 Betriebsplätzen vorbereitet. Dieses befinde sich in Abstimmung mit den zuständigen Ministerien. Weiterhin werden das LAVES, das NLGA, der NLWKN und die jeweils betroffenen Landkreise einbezogen.
- Die Umgebungsluft betreffend, wurden und sollen weitere Immissionsmessungen durchgeführt werden. 2012 sei in Söhlingen bereits eine solche sechsmonatige

Messung erfolgt. Die entsprechenden Ergebnisse wurden auf der Internetseite des LBEG veröffentlicht. Das LBEG bereite eine weitere Immissionsmessung vor. Dabei sollen Standorte ausgewählt werden, in deren Nähe während des Messzeitraums Fackelarbeiten stattfinden. Für die Messungen sei eine Ausschreibung notwendig, da Sie das LBEG nicht selbst durchführen könne.

Herr Söntgerath führt aus, dass sich die geschilderten Programme teilweise noch im Anfangsstadium befänden.

Herr Woltmann erkundigt sich, ob das LBEG ausreichend personelle Kapazitäten für die Bewältigung der Überwachung habe.

Herr Söntgerath entgegnet, dass das LBEG zurzeit im Wesentlichen auf Ereignisse und öffentliche Anfragen und Diskussion mit entsprechenden Aufsichtsmaßnahmen reagiere und die Aufsicht in Form von Prioritätensetzung nach Kennzahlen zurückgefahren wurde. Aufgrund dessen wurden die angesprochenen Programme erarbeitet. Laborarbeiten müssten vergeben werden.

Herr Bargfrede erkundigt sich, ob während der angesprochenen Untersuchung 2012 Fackelarbeiten stattgefunden haben.

Herr Söntgerath antwortet, dass es noch keinen Abgleich gegeben habe, er jedoch davon ausgehe, dass in dem Zeitraum keine Fackelarbeiten durchgeführt wurden, weil damals eine andere Fragestellung untersucht worden sei. Im Rahmen der geplanten Untersuchungen solle nunmehr speziell während Fackelarbeiten gemessen werden. Auf Nachfrage aus dem Zuschauerraum gibt **Herr Söntgerath** an, dass zukünftig auch Verpressbohrungen mit einbezogen werden könnten.

Herr Woltmann fragt, ob das Personal auch für eine regelmäßige Überwachung ausreichen würde.

Laut **Herrn Söntgerath** sei dies zumindest äußerst schwierig.

Herr Windhaus teilt mit, dass sich die Gesamtkosten für die Bodenuntersuchungen nahe an der zweistelligen Millionengrenze bewegen würden. Das LBEG müsse das Geld von der nächsthöheren Behörde zugewiesen bekommen.

Herr Dr. Lühring erkundigt sich, wie Informationen seitens des LBEG zukünftig transportiert werden sollen. Der Landkreis bringe sich gerne ein. Er regt eine eigene Plattform für die Kommunikation an, auf der systematisch geordnet die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen entnommen werden können.

Herr Söntgerath führt aus, dass die Unterscheidung nach Landkreisen für das LBEG schwierig sei. Der Internetauftritt werde jedoch verbessert. Weitere Ergebnisse sollen zusammengestellt und im Internet veröffentlicht werden.

Herr Dr. Damberg interessiert sich für die Effizienz der Überwachung und möchte wissen, wie viele Anordnungen getroffen wurden, um Feststellungen von Mängeln abzustellen.

Herr Söntgerath erläutert, dass er spontan keine Zahlen nennen könne. Feststellungen würden jedoch nicht in jedem Fall zu einer Anordnung führen. Anordnungen würden bei größeren Angelegenheiten (zum Beispiel wenn das Rückhaltevermögen nicht für Schadensfälle ausreicht) angewendet werden. Es wird vereinbart, dass die Zahlen ermittelt und zu Protokoll gegeben werden.

Herr Luckhaus wünscht eine Abgrenzung zwischen Ost- und West-Bezirk und eine Aussage zum Grundwassermonitoring.

Herr Söntgerath legt dar, dass die Notwendigkeit für ein Grundwassermonitoring zu- meist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens geprüft und ggf. angeordnet werde. Die Grenze zwischen dem Ost- und dem Westbezirk orientiert sich an der Weser, d.h. die Landkreise westlich der Weser gehören zum Westbezirk, die anderen (wie auch der Landkreis Rotenburg (Wümme)) zum Ostbezirk.

Herr Luckhaus erinnert an die Aussage von **Herrn Windhaus**, dass die Veranlassung eines Grundwassermonitorings auch im Nachhinein möglich sei.

Herr Windhaus bestätigt dies unter der Voraussetzung, dass die Untere (Landkreise) und die Obere (Umweltministerium) Wasserbehörde dies für notwendig erachten.

Herr Rathjens weist darauf hin, dass RWE Dea zurzeit Luftmessungen durchführe (Wittorf Z1). Er hofft die Daten anschließend zu erhalten. Ein anderes Thema sei der äußere Ringraum einer Bohrung in Sottrum, der nicht komplett dicht sein solle. Er sei besorgt, dass es eine Explosion wie in Geeste geben könne.

Herr Windhaus und Herr Söntgerath verdeutlichen, dass der Vorfall in Geeste auf keinen Fall mit einem undichten Ringraum zu vergleichen sei.

Frau Dr. Scherer weist daraufhin, dass es für die Überwachung der Fackelarbeiten anstelle der aufwendigen und teuren Immissionsmessung als Alternative die Emissionsmessung gebe. Aus dem Gasstrom können mittels Gassack direkt vor der Verbrennung in der Fackel in regelmäßigen Abständen Gasproben genommen und später im Labor untersucht werden. Mit der Probenahme und der Untersuchung könne ein externes, zertifiziertes Labor beauftragt werden.

Herr Windhaus erklärt hierzu, dass der Betreiber i. d. R. Untersuchungen vor und nach der Filtereinheit durchgeführt habe. Vor der Fackel müsse schon soweit gefiltert worden sein, dass prinzipiell keine Probleme entstehen dürften.

Herr Söntgerath ergänzt, dass durch die aktuell vorgesehenen Immissions- messungen neben der Immissionsquelle Fackel, auch diffuse Immissionsquellen erfasst werden würden. Es werde eine gesamte Belastung festgestellt, ohne die genaue Quelle zunächst zu kennen.

Herr Woltmann merkt an, dass die Finanzen im Zusammenhang mit den Krebsunter- suchungen keine Rolle spielen dürften.

Herr Windhaus stellt heraus, dass die Aufträge, die eingehen, prioritär abgearbeitet werden.

Aus dem Zuschauerraum (Herr Richert) wird die Frage eingeworfen, ob die Luftmes- sung auch durch die Gewerbeaufsicht (Itzehoe, Schleswig-Holstein) durchgeführt werden könne.

Herr Söntgerath sagt, dass das frühere NLÖ (Niedersächsische Landesamt für Ökologie) derartige Messungen in Niedersachsen in vergleichbarer Weise wie die erwähnte Stelle in Itzehoe durchführen konnte, jedoch inzwischen aufgelöst wurde. Es könne geprüft werden, ob die Gewerbeaufsicht aus Itzehoe in Niedersachsen tätig werden könne.

Herr Bargfrede führt aus, dass das Verbringen von Lagerstättenwasser in einer Tiefe von 800 – 1000 m nicht mehr zeitgemäß sei, dies jedoch in Wittorf Z1 nach wie vor der Fall sei. Er erkundigt sich, wie weit die Bedenken vorgedrungen seien.

Herr Windhaus erklärt, dass das Wirtschaftsministerium eng eingebunden sei. Spätestens Anfang 2015 soll der Ausstieg aus dem Versenken von Lagerstättenwasser im Kalkarenit beginnen. Diesbezüglich gebe es eine enge Zusammenarbeit mit der Landesregierung. Aufgrund des Verfahrenstandes zum Frac-Erlass gebe es momentan noch keine Anträge, um zurück in die Lagerstätte verbringen zu dürfen. Beim Eingang eines Antrages auf Verbringen von Lagerstättenwasser in einen Erdgasförderhorizont (ca. 5000 m tiefe) werde es ein Verfahren inklusive Öffentlichkeitsbeteiligung geben.

Herr Wildeboer bezieht sich auf den Zeitungsartikel vom 28.09.2014 „Grindel übt Kritik an Exxon Mobil“ über Böttersen Z11. Hier werde ausgesagt, dass Flüssigkeiten, die in einer Tiefe von 4500 m gewonnen wurden, in einer Tiefe von 850 m verpresst werden sollen.

Herr Windhaus verdeutlicht, dass derzeit kein Antrag für Böttersen Z11 vorliege und dass es eine Verpressung von Lagerstättenwasser in oberflächennahen Horizonten langfristig nicht mehr geben werde.

Herr Luckhaus kritisiert, dass das Zeitfenster, ab dem nur noch eine Versenkentiefe ab 5000 m möglich sein soll, im Widerspruch zu bisher getätigten Aussagen stehe.

Herr Leefers beanstandet, dass es sich nicht um eine reine Warteposition handele, sondern weiterhin Lagerstättenwasser verpresst werde.

Herr Windhaus trägt vor, dass eine Gefahr im Verzug laut Fachleuten nicht gegeben sei.

Frau Dorsch erkundigt sich, ob die Entsorgung des Lagerstättenwassers nicht bereits beim Antrag der Genehmigung einer Bohrstelle geklärt sein müsse.

Herr Windhaus führt aus, dass einzeln der Bohrplatz und dann die Bohrung beantragt werden. Sollte die Bohrung nicht fündig sein, müsse die Entsorgung auch nicht geklärt werden.

Aus dem Publikum wird befürchtet, dass mit gefährlichen Stoffen verfüllte Bohrungen der Asse gleichkämen.

Herr Engelhardt weist darauf hin, dass es mehrere verfüllte Bohrungen gebe, die eine Altlast darstellen; die Anzahl und die Orte derer sei dem Landkreis jedoch nach wie vor nicht bekannt.

Herr Windhaus und Herr Söntgerath erklären, dass messtechnische Überwachungen zumindest anspruchsvoll wären. Jeder Bestandteil, mit der eine Bohrung verfüllt wurde, sei genau festgehalten.

Herr Rathjens verweist auf den Sonderbetriebsplan für Wittorf Z1, der im Internet veröffentlicht sei.

Herr Windhaus weist darauf hin, dass diese Unterlagen zu jedem Einzelfall beim LBEG eingesehen werden könnten. Des Weiteren seien alle Bohrungen, die verfüllt wurden, damals und aktuell bewertet worden. Die Bohrungen seien nicht vergleichbar mit der Asse. Da keine Gefahr im Verzug vorliege, könne das LBEG nicht handeln. Eine solche Genehmigung würde es nach heutigem Stand allerdings nicht mehr

geben. Der Vorsorgegedanke und die abfallrechtlichen Bestimmungen hätten sich über die Jahre verändert.

Herr Bargfrede erinnert an den Beschluss bezüglich der Forderung eines Grundwassermonitorings.

Frau Twesten stellt die Frage, wie die einzelnen Risiken in Wechselwirkung zueinander stehen.

Herr Windhaus erläutert daraufhin, dass das LBEG diese Frage im Genehmigungsverfahren berücksichtigt. Es werde die Gesamtheit der Wirkungen betrachtet.

TOP 4

Herr Dr. Lühring weist darauf hin, dass das Rechtsgutachten im Umweltausschuss beantragt und vom Kreisausschuss beschlossen wurde. Es solle deshalb auch im Umweltausschuss vorgestellt werden. Inhaltlich habe es die Auffassung der Verwaltung bestätigt, dass der Landkreis bei den aufgeworfenen Fragen keine Handlungsbefugnisse habe. Das LBEG hingegen habe die juristische Kompetenz, das Know-how, die Mittel und Rechte, Weiteres veranlassen zu können. Die Sitzung des Umweltausschuss sei öffentlich, sodass die Mitglieder der Arbeitsgruppe gerne daran teilnehmen können.

Herr Wildeboer fragt, ob der Landkreis kein Vetorecht habe und das LBEG ein Einvernehmen ersetzen könne.

Herr Engelhardt erklärt, dass das LBEG das Einvernehmen nicht ersetzen könne, allenfalls die Kommunalaufsicht im Innenministerium.

Herr Dr. Lühring stellt heraus, dass ein Einvernehmen des Landkreises nach dem Gesetz nur dann notwendig sei, wenn der Tatbestand einer Gewässerbenutzung erfüllt sei.

TOP 5

Herr Wildeboer verweist auf das Raumordnungsprogramm des Landkreises und seinen Antrag. Er bittet zu diskutieren, ob die Rotenburger Rinne geschützt werden soll.

Herr Dr. Lühring weist darauf hin, dass das Raumordnungsprogramm des Landkreises zurzeit neu aufgestellt werde. Die Vorranggebiete sollen in diesem Rahmen größer aufgezogen werden. Die Rotenburger Rinne sei zwischenzeitlich auch auf Landesebene geschützt und dies werde auch hier übernommen.

Herr Meyer drückt aus, dass er den Gedanken unterstützt. Er begrüßt es, das Wasser über Vorranggebiete zu schützen, weist jedoch darauf hin, dass man das Gebiet dreidimensional betrachten müsse.

Ende der Sitzung: 11:55 Uhr.

Der Termin der nächsten Sitzung wird noch bekannt gegeben.

gez.

gez.

gez.

(Dorsch)
Vorsitzende

(Dr. Lühring)
Erster Kreisrat

(Schloen)
Protokollführerin